

FREIWIRTSCHAFT

Nr. 70 Juli / August 2015

Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen und Freunde,

hier mit etwas Verspätung die aktuelle Ausgabe unseres Rundbriefes.

Bismarck und die Geldfrage

Unser Beitrag zum 200. Geburtstag des Reichsgründers

Die offizielle Bundesrepublik hat, so weit wir feststellen konnten, den 200. Geburtstag Otto von Bismarcks mit Stillschweigen übergangen. Bei der geistigen Verfassung derer, die uns regieren, ist das kaum verwunderlich. Ein Vergleich dieser Zwerge mit Bismarck auf dem Felde deutscher und internationaler Politik drängt sich da unwillkürlich jedem auf, der ein klein wenig von Geschichte allgemein und Staatskunst im besonderen mitbekommen hat. In den fünfzig Jahren seines Wirkens in der Öffentlichkeit, davon 28 Jahre als Minister, Bundes- und Reichskanzler hat die Persönlichkeit Bismarcks die Geschichte Deutschlands bestimmt und wirkt bis heute nach. Zum Kummer unserer heutigen Politiker, die nie etwas Bleibendes leisten und einen Tag nachdem sie abtraten schon vergessen sind. Ausgenommen, ihre Taten sind dem deutschen Volke in übler Erinnerung. Im Gegensatz zum Staatsmann Bismarck wird das Volk keinem einzigen bundesrepublikanischen Politiker Denkmäler errichten. Über diese Gestalt der deutschen Geschichte bleibt der einzige Ausweg, die jetzige, geschichtelos erzogene Gene-

ration an Vergleichen mit Bismarck zu hindern. Dabei war Otto von Bismarck zu Zeiten seines politischen Wirkens keineswegs ein volkstümlicher Mann. Als adliger Großgrundbesitzer und Rittergutsbesitzer stellte er genau den Typ des „ostelbischen Junkers“ dar, der nicht nur in Preußen, sondern in ganz Europa in schlechtem Rufe stand. Merkwürdig ist das insofern, weil der deutsche Landadel sich praktisch nicht vom Großgrundadel Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Spaniens unterschied, von einem Vergleich zu der wahrhaft unmenschlichen Tyrannei dieses Standes in Polen und Rußland gar nicht zu reden. Dazu könnte man vorbringen, daß in Deutschland der Widerstand des Volkes von Zeit zu Zeit erwachte und offen gegen die adelige Gewalt rebellierte.

Ich möchte hier nicht das Verhältnis Volk zur adeligen Herrenkaste geschichtlich beleuchten. Der ostelbische Adel, dem Otto von Bismarck zugehörte, sah die ererbten Vorrechte des Großgrundtums als Gottesordnung an. Seiner persönlichen geistigen Grundhaltung nach kein praktizierender Christ- im Gegensatz zu seinen fanatisch pietistisch-protestantisch pommerschen Standesgenossen, die in Westfalen ebenso besessene Katholiken waren. Er hat die Vorrechte, die der Adel bekanntlich der Bekehrung zum Christentum verdankte, bis an sein Lebensende zäh verteidigt und die Schäden, die sie der Nation verursachten, nach Kräften zu übersehen sich bemüht. Dabei wußte er recht gut, wie andere adelige Grundeigentümer mit dem untertanen Volke umsprangen. Seine Äußerungen über den Adel in Hannover und besonders Schleswig-Holsteins und dessen Mißbräuche verdienen erwähnt zu werden:

„....Sie haben ihnen mit ihren Erinnerungen an die Vergangenheit bange gemacht, an die Junkerherrschaft, Jagdfronen, Bannrechte, so das *ius primae nictis*, z.B. in Holstein, Lauenburg. Da ließen die dänischen Könige die ganze alte Einrichtung bestehen, das reine Mittelalter. Die Junker herrschten, saßen wie erblich in den besten Ämtern, den Elefantenorden auf der Brust. Sie hatten die einträglichsten Stellen, bis zu zehntausend Taler jährlich, wenigstens vier- bis fünftausend, und dafür taten und konnten sie nichts als Sporteln einkassieren und schwere Brücher auflegen. Sie wissen doch, was das ist?“

Ich bejahte, indem ich sagte: „Geldstrafen“ „Sie pachteten die Domänen unter sich“- fuhr

Bismarck fort- „nach niedrigen Abschätzungen und aßen das Fett des Landes. Die Leute mußten das abscheuliche Bier kaufen, das die Junker auf den Gütern brauteten, und kein Mensch konnte ein Stück Acker erwerben, weil sie nicht wollten, daß mehr als zweitausend Menschen auf die Quadratmeile leben.“

An alles das erinnern sich die Leute noch, an diese Mißregierung. Ich soll dahin zurückstreben, und doch bin ich's im Gegenteil gewesen, ich allein, der das alles dort aufgehoben hat.“ (Moritz Busch, „Gespräche mit Bismarck“)

Freilich, wenn es ihn und seine ostelbischen Standesgenossen betraf, zeigt sich wenig Unterschied zum Verhalten der Grundeigentümer Schleswig-Holsteins. Als die Regierung die Besteuerung der Rittergüter beschließt, schreibt er einen zornigen Brief an den König:

„Diese Konfiskation trifft den Landbesitz mit einer Willkür, wie sie nur Eroberer und Gewalt herrscher bisher übten. Rechtlose Gewalttaten gegen die jetzt wehrlose, aber dem Thron treue Klasse der Untertanen....“ und fährt in langen Sätzen fort, die Ungerechtigkeit des königlichen Ediktes, das dem prassenden Landadel in den Geldbeutel greifen will, empört zu verurteilen.

Den untrennbar zusammenhang zwischen Geld und Grundeigentum sieht hier jeder sofort. Auch die Mißbräuche dieses Systems entsprechen der Beobachtung Gesells in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ unmißverständlich:

„Das Privatgrundeigentum bedarf zu seiner Erhaltung der Politik, schon weil es bereits eine Frucht der Politik ist. Man kann sagen, daß der Privatgrundbesitz die Politik verkörpert, daß Politik und Privatgrundeigentum eins sind. Ohne Politik kein Privatgrundbesitz und ohne Sonder eigentum am Boden keine Politik.... Der Grundeigentümer muß sich an die Politik klammern, er muß Politik treiben, die Zölle, die Währung, die Bahnfrachtsätze beherrschen, sonst ist er verloren....“

Das alles erfaßt der junge Bismarck gefühlsmäßig, nicht aufgrund eigenen Studiums oder persönlicher Erfahrung. Als junger Mann warf er mit Geld um sich, als Student machte er bedenkenlos enorme Schulden bis ihm der Vazer die Wechsel sperrte. Erst als ihm klar gemacht wurde, daß er das väterliche Besitztum verschleudere, es in den Ruin zu treiben drohe, kam er dahinter, daß hemmungslos Geldausgeben eine feine Sache ist, aber immer eine unübersteigbare Grenze findet: Das ist der „Kredit“, das heißt „Glaube“, daß er dem Verleiher das Geborgte mit Zins und Zinseszins zurückzahlen wird. Zwar hat der junge Bismarck sich damals aus der gefährlichen Lage befreit, indem er als Gutsherr die Bewirtschaftung in die Hand nahm. Er las auch Fachbücher und lernte auf Kursen ordentlich zu wirtschaften. Aber dem Gelde und seiner Macht über die Lebensführung, wie er sie sich als Junker vorstellte, fühlte er sich hilflos gegenüber. Und deshalb erteilte er dem jüdischen Bankier Bleichröder eine Generalvollmacht über

seine private Vermögensverwaltung. Aufgrund der ihn zufriedenstellenden Behandlung war er überzeugt, daß allein Juden mit dem Gelde umzugehen wissen und folgte fortan nicht nur Bleichröder sondern den Ratschlägen anderer Juden auch als Minister und Kanzler unbedingt. Folgt man den Aussagen im Buche Emil Ludwigs („Bismarck, Geschichte eines Kämpfers“), wuchs der Kreis seiner jüdischen Freunde mit seiner maßgebenden Machtstellung. Interessanterweise lehnte er es jedoch grundsätzlich ab, Juden ein politisches Amt einzuräumen. Das widersprach sowohl seiner Christlichkeit und vermutlich auch dem Willen König (und Kaiser) Wilhelms I., obwohl dieser bekanntlich Freimaurer war und gerne Freimaurer in Staatsämter hineinschob, wogegen wegen Unfähigkeit und Ungehorsam sich Bismarck heftig widersetzte. Mit dieser Einstellung- und Beratung aus dem Hintergrund werden seine oft unbegreiflichen, geld- und finanzpolitischen Entscheidungen, Gesetze und Maßnahmen erklärbar. Das beginnt, als er im Herbst 1862 über den Staatshaushalt eine jahrelange Fehde mit dem Landtag entfacht. Solange die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen gedeckt werden, hat das keine Konsequenzen. Aber es geht um die Vermehrung des Heeres, denn „die großen Fragen der Zeit werden nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse gelöst, sondern durch Eisen und Blut“. Da macht die „liberale demokratische“ Mehrheit nicht mit. Schon zur ersten kriegerischen Auseinandersetzung braucht Bismarck Geld, ohne das ist er politisch gelähmt. Sie würde ihm Geld bewilligen, wenn er IHRE Politik, oder was sie darunter versteht, ausführen würde. Wieder mal Aufstand der Polen, Preußens „Elite“, vom Vatikan inspiriert, steht in Empörung und Reden auf ihrer Seite, der Staat soll ihnen zu Hilfe kommen. Bismarck aber denkt nicht daran, schließt eine Militärkonvention mit Rußland. Im Landtag Preußens hätte man für die Polen Geld locker gemacht und wirft Bismarck Verrat vor: „Die Regierung gibt einen Gürtel von 500 Quadratmeilen den Greueln der russischen Kriegsführung preis! Aus freien Stücken belasten wir uns mit der Schuld an einer furchtbaren, von ganz Europa mit tiefer Entrüstung verachteten Menschenjagd.“ Bismarck führt sie sachlich mit für allezeit gültigen Worten eines jungen Staatsmannes ad absurdum: „Würde ein selbständiges Polen den Nachbar Preußen im Besitz von Danzig und Thorn lassen? Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten auf Kosten unseres Vaterlandes zu opfern, ist eine politische Krankheit, die auf Deutschland beschränkt bleibt!“

Wenige Monate später, als es wieder einmal um Schleswig-Holstein geht:

„Eine Versammlung von 350 Mitgliedern kann die Politik einer Großmacht nicht in letzter Instanz dirigieren...indem sie der Regierung ein Programm vorschreibt...Verweigert das Haus die Mittel, so müssen wir sie nehmen, wo wir sie finden.“

Die Anleihe wird abgelehnt. Woher Bismarck das Geld für den Feldzug von 1864 bekam, ist nirgends bekundet, vermutlich stammt es von seinen jüdischen Bankiers. 1865, als die Streitigkeiten mit Österreich zunehmen, Bismarck vor denselben, ihn mehr denn zuvor hassenden Abgeordneten:

„Haben Sie mit der Verweigerung der ersten Anleihe Düppel und Alsen erobert, dann, meine Herren, habe ich die Hoffnung, daß aus Ihrer Verweigerung eine preußische Flotte hervorgehen werde.“

Als im Juni 1866 der Krieg mit Österreich unvermeidlich ist, Österreich mobil macht, reichen die Finanzen Preußens nicht, den Kampf aufzunehmen. Zum Kriegsführen braucht man Geld, Geld, Geld. Das haben nur die großen Bankhäuser. Und die leihen für diesen Krieg, dessen Ausgang nach allgemeiner Überzeugung für Preußen ungewiß, eher schlecht ausfallen wird, nur gegen handfeste Sicherheiten.

Eine vom Parlament genehmigte Anleihe- ja. Die übersteht den Sturz den borgenden Regierung, und „da Anleihen und Steuererhöhungen verweigert wurden, (blieb) nur die Möglichkeit, Staatseigentum zu veräußern. Dafür kamen zunächst Eisenbahnaktien in Frage. So verkaufte der Staat seine Aktien der Köln-Mindener Eisenbahn mitsamt dem Recht, diese Bahn nach und nach aufzukaufen zu dürfen, für 13 Mio. Taler. Das reichte natürlich nicht. Nun sollte auch noch die im Staatsbesitz befindliche Westfälische Bahn für 40 Mio. Taler verkauft werden, listigerweise an die staatsverwaltete Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft. Dieser leicht durchschaubare Kunstgriff wurde von der Abgeordnetenmehrheit unterbunden. Die 40 Mio. Taler hätten die Kassen Bismarcks gefüllt, am Status der Westfälischen Bahn hätte sich wenig geändert, da sie bei der Bergisch-Märkischen Bahn weiterhin eine Staatsbahn geblieben wäre. Die Investition von 13 Mio. Tatern in den preußisch-österreichischen Krieg (Gesamtkosten etwa 60 Mio. Taler) sollte sich lohnen...“ (Klee, Preußische Eisenbahngeschichte).

Noch lohnender war die Finanzierung des deutschen Bruderkrieges für die Bankhäuser, der ihnen einen beachtlichen Gewinn eintrug. Sie verdienten an beiden Seiten. Und das Waffengeschäft blühte ebenfalls: Krupp-Kanonen schossen von österreichischer Seite Preußen in Stücke, und preußische Krupp-Kanonen zerfetzten österreichische Soldaten.

Österreich mußte 20 Mio. Taler Kriegsentschädigung zahlen und die annexierten Provinzen brachten Preußen erhebliche Verbesserungen seiner Finanzlage und Steuerkraft. Als weitere Folge kam es zur Versöhnung zwischen Staatsregierung und „Volksvertretung“. Bismarck wurde verziehen, weil er das *Wirtschaftsprogramm der liberalen Mehrheit* übernahm. Man wollte im politisch gesicherten Preußen mehr Geld verdienen. Die Kapitalisten in Deutschland erhielten weitgehend freie Hand, zu tun und lassen auf Volkes Kosten wie ihnen beliebte. Die „Ära

Strousberg“, „Liberalisierung“, „Privatisierung“, „Rückzug des Staates aus der Wirtschaft“ waren damals die gleichen Schlagworte, die in neuerer Zeit wiederbelebt worden sind.

1870 neue Krise. Das vatikanische Konzil ist bestrebt, das Mittelalter in Sinne der Kirche wieder einzuführen, die ausgebeuteten Volksmassen werden aufsässig, Napoleon III. hat abgewirtschaftet. Unter absurdem Vorwänden erklärt Frankreich den Krieg, rechnet sogar mit einem leichten Sieg über Preußen und Deutschland. Aber einem Norddeutschen Bunde mit Bismarck als Bundeskanzler verweigert kein Parlament diesmal die Kriegsanleihen. Für bares Geld, das Bismarck von seinen jüdischen Bankern für Verpfändung der Steuern geliehen erhält. Auch Baron Rothschild, wer sonst, ist Frankreich wieder behilflich, den letzten der vielen Kriege Napoleons III. zu finanzieren. In drei Monaten ist alles entschieden, Napoleon geht als Gefangener „ab nach Kassel“. In Frankreich wird- von wem wohl?- die Republik ausgerufen und die „erklärt den Deutschen den Krieg bis aufs Messer“. Ihre Gesinnungsfreunde in Deutschland lassen für den sofortigen Rückzug der Deutschen aus Frankreich demonstrieren. Bismarck denkt anders, er denkt an Geld, viel Geld, denkt daran, wie sechzig Jahre zuvor Napoleon I. Deutschland ausplünderte, um Silber in der Bank von Frankreich aufzuhäufen.

„Diesen Morgen“ (Dienstag 25. Oktober 1870) „äußerte der Chef“ (Bismarck) „in Bezug auf die Nachricht des Pays, nach der von drittthalb Milliarden Kriegskostenentschädigung die Rede wäre: „Unsinn! Ich werde Ihnen viel mehr abfordern“ (Moritz Busch- Bismarcks Pressechef- „Bismarcks große Tage“).

Als die Friedensverhandlungen in Frühjahr 1871 Gestalt annehmen, verlangt Bismarck sechs Milliarden Franken Kriegskosten, die er dann auf fünf ermäßigt. *Seine Forderung basiert auf dem Gutachten seines Geldberaters Bleichröder*, denn er selbst versteht noch immer nichts vom Geldwesen.

Sofort läuft das Gerücht durch Deutschland und löst eine hektische „Investitionswelle“ aus. Die ankommende Geldschwemme steigert die Umlaufszahl des Geldes und löst eine Flucht in Sachwerte aus, die unvorstellbar ist. **Die damit ausgelöste Konjunktur verdoppelt und verdreifacht die Arbeiterlöhne.** Für den Sozialismus interessiert sich kein Arbeiter mehr. Nur ein Sozialdemokrat, August Bebel, der mit dem jüdischen Banker Witkowski befreundet ist, zieht in den Reichstag.

Geld ist im 19. Jahrhundert gemünztes Silber, Goldstücke gibt es zwar auch, und Papier, das als Geld gilt, muß eine „Deckung“ in Gold und Silber haben. Bismarck wird vom „Währungsfachmann“ Bamberger überredet, die Zahlung der Kriegsschuld Frankreichs in GOLD zu verlangen. Zu welchem Zweck? Bamberger machte es ihm- wie behauptet wurde, im Auftrag der „französischen“ Rothschilds klar- daß damit die Goldwährung im Deutschen Reich eingeführt

werden solle. Und Bismarck führt alles so aus wie ihm gesagt wurde. Im März 1875 wird die Reichsbank per Gesetz gegründet und die „Mark deutscher Reichswährung“ basiert auf der Grundlage, daß sie gleich 1:2784 kg Feingold sei. Die Zahl ist kein Zufall, sie ergibt als Quersumme 21, was in kabbalistischer Geheimbedeutung heißt: „Geld und Glück winken“. Ludwig Bamberger, der Banker, der die Goldwährung einführt, erklärt im Reichstag: „Die Reichsbank wurde von Juden für Juden“ geschaffen! Kein Abgeordneter weiß etwas dagegen vorzubringen: Über das Geld und seine unfaßbaren Wirkungen auf Menschen und Wirtschaft besteht noch allgemeine Unwissenheit.

Eine nationale Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes sucht ab 1875 das Deutsche Reich, seine Bevölkerung und Wirtschaft heim. Die Massenarbeitslosigkeit ist weit schrecklicher als die von 1929-33 und sie dauert fast 20 Jahre lang an. Millionen Deutsche wandern verbittert aus dem unwirtlich gewordenen vereinten Deutschen Reiche aus, das sie doch jahrhundertelang herbeigesehnt hatten.

„Als nach Einführung der Goldwährung die Geldherstellung um den ganzen Betrag der Silberförderung abnahm und die Preise fielen, da war auch der Umlauf des Geldes unmöglich geworden, und das Geld häufte sich in den Banken an. Der Zinsfuß ging ständig zurück. Als dann die Bimetallisten (Vertreter der Doppelwährung) ihren Kriegszug gegen die Goldwährung eröffneten und die damals andauernde Wirtschaftskrise mit einer ungenügenden Geldversorgung begründeten, da wiesen die Bamberger und Ge nossen auf großen Bankbestände, den niedrigen Zinsfuß und erklärten diese Erscheinungen als einen verlässlichen Beweis dafür, daß es eigentlich noch zu viel Geld gäbe.“

Die Doppelwährungsfreunde, vor allem Laveleye, entkräfteten diese Beweisführung glänzend durch den Nachweis, daß *Geld kaufmännisch nicht umlaufen kann, sobald es nicht in einer Menge angeboten wird, die genügt, einen Rückgang der Preise zu verhindern*. Die großen Bankbestände, der niedrige Zinsfuß seien der schlagendste Beweis, daß *nicht genügend Geld angeboten wurde*.

(Silvio Gesell, „Natürliche Wirtschaftsordnung“) Die Wirtschaft Deutschlands war schon 1873 nach einem üblichen „Bankenkrach“ in eine Deflationskrise geraten. Bismarck hat nie ein Wort darüber verloren, nie nach der Ursache gefragt. Für ihn waren nur die Folgen bemerkenswert. Reichsfeindliche Kräfte kamen empor, die er vergeblich mit Gewalt der Staatsautorität niederzuhalten versuchte. Attentate wurden auf ihn und Kaiser Wilhelm I. verübt. Der geniale Staatsmann, der nach außen den Frieden Europas zu erhalten verstand, ward in der Innenpolitik ein bornierter, zum Junkertum seiner jungen Jahre zurückgekehrter Greis.

Das offenbarte sich, als Wilhelm II. 1888 Kaiser und mit der großen Not der Rezession konfrontiert wurde. Der große Bergarbeiterstreik 1889

brachte das Faß zum Überlaufen. Der Kaiser erkannte die zwingende Notwendigkeit, die Lage des schaffenden Volkes zu verbessern. „Die Arbeiter seien auch seine Untertanen“. Bismarck erwiderte, daß die Bergwerksbesitzer, die Millionäre seien genau so seine Untertanen. Der Staat habe sie gegen die Begehrlichkeit der Sozialisten zu schützen.

Die Forderungen, die sich Kaiser Wilhelm II. zu eigen machte waren wirklich bescheiden: Verbot der Sonntags-, der Kinderarbeit, Mindestlöhne, eine internationale Konferenz der Industriestaaten über die soziale Frage. Bismarck widersetzte sich allem. Ohne sich zuvor Beweise zu verschaffen, erklärte er dem Kaiser, die deutsche Industrie würde den Ausfall eines Arbeitstages pro Woche nicht verkraften.

„Es widerstrebt meiner Überzeugung und Erfahrung, in die Unabhängigkeit des Arbeiters, in sein Erwerbsleben und in seine Rechte als Familienhaupt so tief einzugreifen, wie durch ein gesetzliches Verbot, seine und der seinigen Arbeitskräfte nach eignem Ermessen zu verwerfen. Ich glaube nicht, daß der Arbeiter an sich dankbar dafür ist, daß man ihm verbietet, Geld zu verdienen an Tagen und Stunden, wo er dazu geneigt ist. Wenn auch ohne Zweifel von den Führern der Sozialisten diese Frage zu einer erfolgreichen Agitation benutzt wird, mit der Vorspiegelung, daß die Unternehmer auch für die verkürzte Arbeitszeit den unverkürzten Lohn zu zahlen imstande seien. Mit dem Verbote der Sonntagsarbeit habe ich bei persönlicher Erkundigung die Arbeiter stets nur dann einverstanden gefunden, wenn ihnen zugesichert werden konnte, daß der Wochenlohn für sechs Arbeitstage ebenso hoch sein werde wie früher für sieben. Mit dem Verbote der Beschränkung der Arbeit Nichterwachsener waren die Eltern der von der Arbeit auszuschließenden nicht einverstanden, und unter den Nichterwachsenen nur Individuen von bedenklicher Lebensrichtung.“

(Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen“) Wer diese Zeilen heute liest, erkennt, welche verdrehten Argumente er gebrauchte, das System zu erhalten. Die große Not der Masse des Deutschen Volkes- hervorgerufen von Goldwährung, Deflation und Kapitalinteressen- wurde dem im Amte gealterten Otto von Bismarck überhaupt nicht bewußt. Und doch muß er das Ungerechte, Unsittliche, Unzumutbare seiner Ansichten gefühlt haben: Auffallend schamhaft schreibt er nicht von KINDERarbeit, sondern von „NICHTERWACHSENEN“, behauptet dann, daß den ELTERN ein „Recht bleiben“ müsse, sie ausbeuten zu lassen. Was für ein „Recht“, wenn Wirtschafts- und EinkommensNOT dazu zwingt? Dieses System wollte er, wie er ausdrücklich erklärte, mit Gewaltmitteln „verteidigen“!

Otto von Bismarck war ohne Zweifel eine ganz außergewöhnliche Persönlichkeit. Sein Lebensgang ist ebenso ungewöhnlich. Er diente sich nicht mit einer Karriere den Aufstieg nach oben, weil er nicht imstande war, sich einem anderen zu unterwerfen. Er sagte von sich selbst: „mein

Ehrgeiz (strebt) mehr danach nicht zu gehorchen als zu befehlen, das sind facta, für die ich außer meinem Geschmack keine Ursache anzu führen weiß, indessen, dem ist so.“

Wir sagen heute mit dem Wissen, das uns Biologie und Germanische Heilkunde zur Verfügung stellen: *Otto von Bismarck war ein „Alpha“ Mann seltener Ausgeprägtheit, für einen Staatsmann einzigartig im 19. Jahrhundert.* Er unterwirft sich niemandem, ob das seine Aussichten fördert, an die erstrebte Spitze zu gelangen, ist ihm gleichgültig. Er wird sie dann anders erreichen. Affären mit Frauen sind zahlreich und doch heiratet er eine Frau, die er bis an ihr Lebensende liebt. Als Familievater liebt er seine Kinder mit ganzer Seele und gängelt sie zugleich. Als seine Söhne in den Schlachten bei Metz verwundet werden, lässt er bei der ersten Nachricht alle Dienstgeschäfte liegen, reitet zum Schlachtfeld und sucht nach ihnen so lange, bis er sie in einem Lazarett findet.

Zwar ist ihm als Angehöriger der Adelskaste der Zugang zum Königshaus verhältnismäßig leicht, aber von Anfang an scheint er es nicht über sich anzuerkennen. Ehrerbietung, die er Höherstehenden zeigt, sieht nach Heuchelei aus, weil er die Rangunterschiede der Monarchie und ihres Systems nicht abschaffen kann, auch nicht will. Er versteht sie für sich einzunehmen, weil es ihm an Furchtlosigkeit und Entschlossenheit nie mangelt. Sein Vertrauensverhältnis zum Regenten und späteren König, dann Kaiser Wilhelm I, steht in der Geschichte einzig da. Er bezeichnet sich immer als der treue Diener seines Herrn, der bereit ist, für ihn alles, auch sein Leben zu opfern, und Wilhelm scheint ihm auch geglaubt zu haben. Wir sehen jedoch in Wahrheit das umgekehrte Verhältnis, und diese Tatsache haben etliche andere schon früher vermutet. Denn Wilhelm ist ein „Beta“ Mann, ein „Zweitwolf“, der obwohl Herrscher, gar nicht anders kann, als sich dem Alpha zu unterwerfen. Mit Wilhelm wird Bismarck fast immer fertig, Wilhelms gelegentliche Einwände machen wenig Eindruck. Aber Wilhelm ist seiner Frau, der Königin Augusta unterworfen. Sie beherrscht IHN, und der auch körperlich gewaltige Bismarck findet, wenn er auf hartnäckigen Widerstand Wilhelms stößt, daß er es in solchem Fall immer mit der dominierenden Königin zu tun hat. Und die kann er sich nicht so unterwerfen wie es Siegfried mit der widerspenstigen Brünnhilde getan hat. Die monarchische Rangordnung verhindert, was in freier Natur eine ganz einfache Lösung gewesen wäre. Doch vor seinen Untergebenen stöhnt „Alpha“-Bismarck: „Landgraf müßte man sein! Das Hartsein traue ich mir schon zu. Aber Landgraf ist man nicht.“

Bismarck findet schon früh in seinem Leben und sehr schmerhaft heraus, daß es eine Macht in der Welt gibt, die sich nicht vor ihm beugt, die ihn, den Alpha, unterwirft aber nicht er sie: Die Macht des Geldes. Mit dieser Macht ist er gezwungen sich zu arrangieren. Geld ist eine Erfindung, sie gehört zur Kultur, und das Sy-

stem, auf dem es ruht, wird von einer Sonderheit beherrscht, die es für SICH zu nutzen versteht: Das hochrangige Judentum. Mit dem schließt er Freundschaften, und wenn es um Geldsachen geht, bedient er sich ihren Rates. Ob diese Ratschläge gut, schlecht oder böse sind, lernt Bismarck nicht beurteilen. Aber Juden selber machen ihn auf die Ungerechtigkeit aufmerksam, die dieses jüdische System mit sich bringt: Die Spaltung des Volkes in Arme und Reiche, die Ausbeutung des Volkes durch den Zins, das arbeitslose Einkommen, den es an die Geldbesitzenden entrichten muß. Er lernt ungeheuer viel von Ferdinand Lassalle, dem Gründer der Sozialdemokratie, dem Volkstribun, der seine Ideen im nationalen, das heißt deutschen Sinne verstanden wissen will, also eigentlich der erste National-Sozialist ist. Alles, was Bismarck in seiner späteren Sozialgesetzgebung verwirklicht, aber auch allgemeines Wahlrecht und Reichstag als Gegengewicht gegen die Fürsten, geht auf die Anregungen der vielen Gespräche mit Lassalle zurück. Ja, damals, Anfang der 60er Jahre geht er sogar gegen die Bürokraten vor, die in den armen Weibern Schlesiens keine Volksgenossen sehen wollen. Dreißig Jahre später hat er das alles vergessen.

Er hätte Emile Zolas Romane „Germinal“ (geschrieben 1885) und „Das Geld“ (geschrieben 1891) lesen sollen. Er hatte in Friedrichsruh, wo er sich jetzt meist ausruhte (Ministerialbeamte mußten in Dienstgeschäften nach Friedrichsruh reisen) viel Zeit zum Lesen und Nachdenken. Zola hätte ihn belehrt, daß das kapitalistische Ausbeutesystem international und überall gleich verbrecherisch tätig ist, der Kampf der Volkes gegen es nicht falsch, unrecht oder unsittlich ist; daß die Zeit reift, es zu stürzen, auch wenn es nochmals hundert, zweihundert Jahre dauern sollte.

Aber er meinte, nichts mehr hinzulernen zu brauchen und hörte auf keine andere Stimme mehr. Altersstarrsinn? In den ersten Wochen des Jahres 1890 wurde ihm von seiner Umgebung klar gemacht, daß die Zeit an ihm vorbeigegangen war. Der Respekt vor ihm flog einfach weg. Ministerkollegen, auch Bundesfürsten wie der König von Sachsen und der Großherzog von Baden, von Kaiser und König von Preußen abgesehen, machten sich von ihm los. Zwei Monate später war Bismarck fristlos entlassen. Welchem Ungewöhnlichen gelang es, den bedeutendsten Staatsmann Deutschlands im 19. Jahrhundert zu fällen? Hohn der Schicksalsmacht: Wilhelm II. wird mit 29 Jahren der Weg ohne eigenes Verdienst ins höchste Amt freigestorben. Er ist ein körperlicher Krüppel, konstellierte, geistig im Reifestand dreizehnjährig gebliebenes Kind, Feigling, Angeber, Schausteller, aber dieser Drittwolf ist Kaiser und Herr über den starken Mann Bismarck, und dieser Ungewöhnliche im negativsten Sinne verjagt den Alpha ohne Mühe aus dem Revier, das der Jahrzehnte unangefochten beherrschte.

Es bleibt ein Punkt zu betrachten übrig, der das

Mißverständnis seines Lebens und Wirkens bestätigt, soweit es Geld, Kapitalismus und die soziale Frage betrifft: Bismarck konnte ja gar nicht besser handeln als das Wissen über Geld und Wirtschaftsfrage der Zeit zur Verfügung stellte. Geld war damals Silber und Gold, das jeder Mensch prägen und umprägen lassen konnte, sofern er die Edelmetalle dafür besaß, Papierbanknoten waren Anweisungen auf Silber oder Gold und ohne das „wertlos“ nach damaliger Auffassung. Die Teilung des Volkes in Arme und Reiche war zwar beklagenswert, aber seit mindestens zweitausend Jahren „gottgewollt“ oder neuphilosophisch „Naturgesetz“.

Und genau da erscheint vor uns eine andere Merkwürdigkeit, die aus Sozialkritik zum Umbruch leitet: Im selben Jahre, in dem Bismarck entlassen wurde, entdeckte ein deutscher Kaufmann in Argentinien namens Silvio Gesell die Natur des Geldes und erforschte in den nächsten Jahren das Wesen des kapitalistischen Systems in allen Einzelheiten. Die Menschheit hat damit einen anderen, neuen Standort zu seiner Kultur, Wirtschaft und jeweiliger Nation erhalten. Jetzt erst kann es um die Verwirklichung der in der Theorie vorliegenden Freiwirtschaft gehen.

Wir hoffen, daß sich dafür ein „Alpha“ Mann vom Format Bismarcks findet, der sie unbeirrt gegen alle Widersacher und Widerstände durchsetzt.

*

Von Bismarck gibt es viele Anekdoten. Hier sind zwei:

Als die Spannungen mit Frankreich wegen der spanischen Thronfolgefrage dem Höhepunkt zustrebten, fragte König Wilhelm I. den Kanzler Bismarck:

„Können wir Frankreich schlagen?“

Bismarck erwiderte:

„Majestät, wir werden mit ihm „Sechsundsechzig“ spielen!“

*

Von Bismarck ging einmal das Gerücht, er werde sich auf längere Zeit nach Ägypten begeben. Ein Mitglied des Landtages erkundigte sich bei Bismarck, ob er wirklich diese Absicht hege.

Bismarck, im ersten Augenblick überrascht, antwortete:

„Gar nicht unmöglich. Aber das Kamel, das dieses Gerücht verbreitet hat, werde ich unbedingt mitnehmen!“

*

Überfällige Frage: Wer finanziert die Demonstrationen und Straßenkrawalle?

(Investors.com –Übersetzung)

„Waren die Straßenkrawalle in Ferguson Ausdruck der öffentlichen Empörung oder eine wohlorchestrierte Aktion von zusammengekarrten, aber ungenügend bezahlten „Protestierern“? Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß letzteres der Fall ist.

Anfangs gab es Anzeichen, daß die Proteste wegen der Erschießung eines unbewaffneten

Schwarzen Menschen durch einen Weißen Polizisten weniger waren als ins Auge fiel.

Im Dezember bemerkte IBD, daß die meisten „Protestierer“, die festgenommen wurden, gar nicht örtliche Anwohner waren, sondern Leute, die von bestimmten Gruppierungen wie die „New Black Panthers“, dem „US Menschenrechtsnetzwerk“ und der „ANSWER Coalition“ mit Autobussen nach Ferguson gefahren worden sind.

Fox News berichtete später, nach Ausbruch der Unruhen in Baltimore, daß in beiden Städten nicht weniger als 50 „soziale Media accounts“ mit den Protesten in Verbindung stünden, woraus angenommen wird, es waren vornehmlich „Berufsprotestierer“ anwesend.

Nun beschweren sich einige dieser „Protestierer“, daß sie nicht bezahlt worden sind.

Mitte Mai organisierte die „Millenial Activists United“ ein „sit-in“ („Einsitzen“) vor dem „Missourians Organizing for Reform Empowerment Office“. Der Anlaß: MORE schuldete den Protestierern GELD.

Die Gruppe beschuldigte MORE, „daß es ein Gemeinschaftskonto eingerichtet hat, in welche Geldgeber aus der ganzen Welt über 150.000 Dollar gespendet und eingezahlt hätten, um die Bewegung am Leben zu halten. Aber „die armen schwarzen Menschen der Bewegung haben so gut wie nichts von diesen Geld zu sehen bekommen.“

Ein Offener Brief der Gruppe fuhr fort zu betonen, „Organisatoren der Proteste plünderten 50.000\$ der verfügbaren Geldbeträge und verteilten sie an gewisse Leute der Bewegung.“

Sie haben inzwischen bei Twitter ein „hashtag“ gestartet, damit MORE endlich mehr Geld herausrückt.

*

So mancher Täuschungsbetrug kommt heute erstaunlich schnell an die Öffentlichkeit- dank des Internet! Die Negerrevolten in den USA bringen in die Medien, daß sie für ihre Krawall-Dienstleistungen um den Lohn betrogen wurden. „In den US- ist es kein Geheimnis mehr, daß jüdische Finanzzirkel hinter den Krawallen standen. Tatsächlich sind Gruppierungen in Verbindung mit dem jüdischen Milliardär George Soros bekannt geworden, die mit der Finanzierung der Parole „Schwarze Leben sind wertvoll“ und zahlreicher Protestunruhen im ganzen Lande zusammenhängen.“

Grundsätzlich haben wir damit den eindeutigen Beweis erhalten, daß Negerhorden äußerst wütend werden können, weil sie für ihre Anstifter auf die Straßen gingen, beträchtliche Schäden anrichteten und dann- beinahe ein Witz, zumindest aber Hohn- um die Bezahlung für ihre „geleistete Arbeit“ schnöde betrogen wurden.

Ihr werdet mißbraucht, Schwarze! Bemerkt Ihr jetzt nicht, in wessen Diensten ihr steht?

*

Derselbe Multi-Milliardär George Soros rühmte sich vor kurzem nicht nur seiner Freundschaft zu

den ukrainischen Putschisten, aus denen „Staats-Präsident“ Poroschenko und „Premierminister“ Jatsenjuk hervorgingen, sondern daß er auch die Krawalle in Kiew finanzierte, die wir haben es in früheren Rundbriefen berichtet- gleichfalls von weither nach Kiew gekarrten und bezahlten „Demonstranten“ nach der gleichen Methode wie in den USA organisiert wurden.

*

Das Neueste von der Fußball Geldmeisterschaft

Korruption im sogenannten Berufssport- nicht nur Fußball- ist direkt widerwärtig. Fußball, für den sich die Medien prostituieren, wird nicht von Liebhabern sportlicher Betätigung ausgeübt, sondern von „Sportlern“, die wie einst die Gladiatoren der Römerzeit antreten, um Scheinkämpfe vor einer aufgereizten, schreienden Masse heruntergekommener Zuschauer auszutragen. Er ist ein Geschäft, in dem viele Milliarden umgesetzt und verdient werden.

Wenn gewisse, sehr betuchte Leute die Organisation des Geschäfts übernehmen, stellen sie Regeln und Vorschriften für die übrigen auf und verstehen dabei sich die eigenen Taschen zu füllen.

Für viele kam der Schlag, den die Schweizer Polizei- auf Veranlassung von US-Agenturen- gegen eine Reihe der höchsten FIFA Funktionäre ausführte, völlig überraschend. Zu Unrecht, denn jede solche Aktion ist von langer Hand vorbereitet. Was sich vor kurzem in der Schweiz abspielte, paßt in kein Fußballstadion der Welt. Es muß nicht nur in der FIFA Spitze gegärt haben, es muß von den inneren Zuständen hörbar in die Kreise gedrungen sein, die mächtig genug waren, den öffentlichen Streich gegen die FIFA Bonzen durchzusetzen. Und es muß wieder mal um viel Geld gehen.

Zwar schien der alte Präsident Sepp Blatter (79) unberührt, unbetroffen, sauber aus der stinkenden Affäre herauszukommen. Doch vier Tage nach seiner Wiederwahl (gegen der erbitterten Widerstand der europäischen Verbände) gab er seltsamerweise auf- wiederum für das Volk überraschend. Natürlich war keine Rede von Hintergründen und Tatsachen, darauf wird die Fußballwelt noch etwas warten müssen. Nein, peinlichen, hintergründigen Zwangslagen werden altruistische Gründe vorgesoben. Blatter tat es, wie er wörtlich sagte: „im Interesse der Spieler, der Zuschauer, der Vereine, des Volkes, das Fußball lebt, atmet und liebt, so wie wir es an der Spitze von FIFA tun“.

„Die New York Times und ABC America berichteten allerdings kurz vor seinem Abtritt, daß von den Behörden auch gegen Blatter ermittelt werde. Sie zitierten dazu ungenannte, aber doch amtliche Quellen. Ein FBI Sprecher erklärte „Kein Kommentar“ auf Anfragen, daß von den Staatsanwaltschaften wegen Korruption gegen die GANZE FIFA Untersuchungen laufen.“

„Die Verhaftung von *sieben* Vorstandsmitgliedern der FIFA im teuersten Hotel Zürichs war der „letzte Strohhalm“, weitere *sieben* Mitglieder

des Vorstandes werden von USA Ermittlern beschuldigt, über 160 Millionen Dollar Bestechungsgelder kassiert zu haben.

„In den vier Jahren zwischen 2010 und 2014 Weltmeisterschaften „verdiente“ FIFA 5,7 Mrd. US\$. Die Organisation hält einen Geldberg von zuletzt noch 1,5 Mrd. US\$.“

„Vom ersten Tage an war der Skandal nie weit von Blatters Amt. Es gab schon Verdächtigungen über die Vorgänge bei Blatters erster Wahl 1998.... Ein FIFA Vizepräsident, aus Quatar stammend, wurde lebenslang ausgeschlossen, weil er Bestechungsgelder verteilt hatte.“

An wen, wurde und wird hier nicht gesagt. Aber es ist anzunehmen, daß er sie freigiebig an FIFA Amtsträger verteilte, damit Quatar die 2022 Weltmeisterschaften erhalte.

Blatter zum Ende der Medienkonferenz:

„FIFA und seine Interessen sind meine große Sorge, die mir am Herzen liegen, und dies brachte mich dahin, diese Entscheidung zu treffen (vier Tage nach der Wahl zum Präsidenten abzudanken). Wenn dies alles vorüber ist, ist Fußball der Gewinner.“

Wir wollen Blatter gerne zugestehen, daß seine reichlich verworreene Rede dem Sachverhalt nahe kommt. Wir glauben ihm, daß FIFAs „Interessen“, das heißt die geheimen Geldströme für die Taschen seiner Freunde- seine „große Sorge sind“, aber daß er von der Korruption seiner Mit-Vorstandmitglieder nichts wußte, und selber daran völlig unbeteiligt war, nicht ein lumpiger Dollar dabei für ihn abfiel, das möchte ihm niemand abnehmen, es würde völlige Unfähigkeit und Pflichtversagen bedeuten. Fiel doch in Blatters Amtszeit sein Stellvertreter Jack Warner, ein Neger aus Trinidad, durch unverschämte Korruption so übel auf, so daß er- widerstreitend- aus dem FIFA Vorstand ausscheiden mußte.

Bei der 2006 Weltmeisterschaft hatte Warner für seine „Nationalmannschaft“ 18,25 Mill.TT Dollar eingenommen und 17,9 Mill. ausgegeben, und seiner Mannschaft pro Kopf bescheidene 5544\$ ausgezahlt, was diese natürlich empört zurückwiesen.

Der Appetit Warners wuchs offenbar mit der Masse der „gemachten“ Dollars im zweithöchsten FIFA-Amt. Schon 2002 hatte er 350.000 **US** Dollar aus dem Verkauf von Eintrittskarten für die Spiele in seine eigene Tasche gesteckt, dazu das Geld aus einer Reihe anderer damit gekoppelter Geschäfte. Sogar eine Spende des Australischen (man denke!) Fußballverbandes „für die armen Spieler von Trinidad-Tobago in Höhe von 462.000 Dollar“ soll er auf sein Privatkonto geleitet haben. Und sind die Behauptungen des ehemaligen Sportministers Ägyptens aus der Luft gegriffen, Warner habe sieben Millionen Dollar für sieben Stimmen im FIFA Vorstand gefordert? Der edle Schwarze bestreitet das natürlich- wie immer.

Als Warner den Vizepräsidentensessel räumen mußte, fanden die internen Untersuchungen des Weltverbandes ein stilles Ende, zweifellos mit

Blatters Zustimmung, denn es gibt keinen Beweis, daß er aus Gründen der Sauberkeit und Ethik die Korruption in seiner nächsten Umgebung unterbunden hätte. Warner genoß fortan die Millionen aus dem privatisierten Fußballgeschäft ungestört- bis die Amerikaner sich für die Vergänge zu interessieren begannen.

Korruption der Fußballspitze FIFA hat Tradition. Engländer, die noch die Ideale ihrer Erfindung (die um die Welt ging wie die Eisenbahn) vertreten, behaupten das schon seit 50 Jahren. Man sehe die veröffentlichten *Gesichter der Fußball-Bonzen* an, die in die neueste Affäre verwickelt sind! Wenn es zutrifft, daß man aus dem Gesicht Charakter, Format und Geisteszustand des Betroffenen ablese kann, braucht man kein Untersuchungsergebnis abzuwarten.

*

Es gibt zu denken, weshalb die Aktion gegen die FIFA Spitzbonzen und ihre unbestrittene Korruption von US *Behörden*, nicht von ihrem Fußballverband ausging, der im Weltfußball ein kleines Licht darstellt. Daß *US-Staatsorgane* den FIFA Bonzen nachstellten, könnte auf unbestätigte Gerüchte zurückzugehen, Warner und andere hätten auch die US-Finanzbehörde IRS um ihren „legalen“ Anteil am FIFA Korruptionsgeschäft zu betrügen versucht. Für Steuerhinterziehungen kennen die USA bekanntlich keine Toleranz, auch nicht im internationalen „Sport“. Großmut des IRS gibt es nur für Kirchen bzw. amtlich anerkannte Religionsgemeinschaften. Wie die zur Geldfrage stehen, bedarf selbstverständlich keiner amtlichen Ermittlung.

Es muß aber mehr im Hintergrund gespielt werden als Steuerhinterziehung oder gewöhnliche Korruption, denn wenn es um Geld geht, erwartet niemand von Amerikanern uneigennützige, moralische Sauberkeit.

Wir erinnern uns, daß, wie oben ersichtlich, die FIFA Bonzen über Einkommen und Vermögen in Milliardenhöhe verfügen. Daß sie mit Werbung und Spielvergaben an beliebige Staaten ganz beträchtlichen Einfluß auf den Gang großer Konzerne, Gesellschaften, Fernsehstationen, Zeitungen ausüben. Wir vermuten also, daß die jetzt beschuldigten FIFA Bonzen anderen Zirkeln ins Gehege kamen, denen sogleich die Hände jucken, wenn sie von Geldeinnahmen in Milliardenhöhe und Beeinflussung der Massen mit „Sportereignissen der Welt“ hören. Wir werden in absehbarer Zeit im FIFA Vorstand dunkle Machtkämpfe erleben. Die Kandidatur eines Prinzen von Jordanien scheint die neue Richtung anzukündigen. Anders ausgedrückt, der Weltfußball könnte der Hochfinanz unmittelbar angeschlossen werden. Denn Milliardengeschäfte müssen der Welthochfinanz vorbehalten werden. Wer Staaten und Staatspräsidenten durch Invasionen, Revolutionen und Bürgerkriege zu stürzen versteht und sich deren Vermögen anschließend aneignet, der kann mit viel geringerem Aufwand einen FIFA Vorstand, Präsident und Mitglieder stürzen, den Weltfußball für den

größeren Gewinn der Geldmacht vereinnahmen und zwecks Macht- und Geldvermehrung die eigenen Angestellten an ihre Stelle setzen. Was in der großen Politik geht, geht auch in der Unterhaltungsindustrie- natürlich nur da, wo sie viel Geld einbringt, also im „Berufssport“ und im Massenbetrieb.

Wo das Volk Sport oder andere Freizeitbeschäftigung zur eigenen Freude und Unterhaltung betreibt, Geld also nicht zu „machen“ ist, da werden selbstverständlich Freiheit und alles, was man damit verbinden möchte, als nützliche Ablenkung von persönlichen wie von öffentlichen Sorgen großzügig geduldet. *Auch das ist eine Ursache, warum wir es so schwer haben, Mitstreiter für die Lösung der über allem anderen wichtigen Geldfrage zu finden.*

*

Eine kürzlich eingestellte Hausgehilfin kündigt schon nach dem ersten Monat. Der enttäuschten Dame des Hauses wünscht sie beim Abgehen alles Gute und für den kommenden „Prinzen“ gutes Gedeihen. Die Hausfrau verwundert: „Woher wissen Sie, daß es ein Bub wird?“ „Weil ein Mädchen keine neun Monate bei Ihnen aushalten würde!“

*

Wenn Aberglaube ERNST genommen wird, passiert doch mal was.....

Unsere Leser haben sich im Laufe der Zeit gewiß eine Menge Skepsis angeeignet und nehmen nicht alles für bare Münze. Jedoch die nachfolgende Meldung von ABC aus Malaysias Bundesstaat Sabah (Borneo) verdient trotz anfänglicher Bedenken unsere ERNSTE Aufmerksamkeit, weil sie den *völlig unwahrscheinlichen geistigen Fortschritt eines großen Teiles der Menschheit* unabsichtlich ins rechte Licht rückt. „Mount Kinabalu“ (Borneo), „ein Naturdenkmal unter UN Weltschutz, ist ein beliebtes Reiseziel für Kletterer aller Nationen. Der Gipfel“ (4101m) „wird vom Sabahs Kadazan Dusun Volksstamm als heilig betrachtet, da er als Ruheplatz der Geister gedacht und geglaubt wird.“

„Am 5.Juni 2015 gab es ein Erdbeben der Stärke 6.0, das beträchtliche Erdrutsche und Schäden ganz in der Nähe des Berges verursachte und bisher 16 bestätigte Todesopfer kostete. Zwei weitere Personen werden vermisst.“

„In Nachwirkung der Katastrophe haben örtliche Behörden und Medien ihre Aufmerksamkeit auf eine Gruppe von zehn Europäern gerichtet, die am 30. Mai auf dem Gipfel sich nackt ausgezogen hatten. Sie hatten davon Fotografien gemacht und diese ins Internet gestellt.“

Der stellvertretende Ministerpräsident Josef Pai- rin Kitigan erklärte vor Berichterstatttern: „Dies bringt Unglück, man darf nicht mit den Geistern des Heiligen Berges spielen.“

„Die malaysischen Behörden verhafteten inzwischen einen 38 Jahre alten Europäer auf dem Flughafen von Kota Kinabalu wegen Erregung öffentlicher Ärgernis. Es ist nicht geklärt, wo die anderen neun Gipfelnudisten sich befinden. Der

Chef der Kriminal-Ermittlungsbehörde von Sabah ist mit der Sache befaßt, berichtet die Zeitung „The Star“.

Gemäß dem Bericht entkleidete sich der Verhaftete in einer Gruppe von zehn Männern und Frauen zusammen und alle ließen sich nackt fotografieren. Die Bilder wurden von ihnen ins Internet gestellt und lösten helle Empörung, sogar Morddrohungen, unter der örtlichen Bevölkerung aus.

„Malaysias Medien und einige Offizielle Sabahs haben die Nudisten im Auge, überzeugt, die Untat (der Nackten) erzürnte die Geister und führte deshalb zum Erdbeben.“

„Ein Reporter fragte den Minister, ob er wirklich glaube, die Nackten auf dem Gipfel seien Ursache des Erdbebens gewesen. Der Minister verneinte das.“

Der fromme (moslemische) Minister war zwar gescheit genug, sich nicht wegen des Aberglaubens vor ungläubigen Abendländern zu blamieren, ließ sich aber dennoch vom Aberglauben überwältigen: Er gab bekannt, daß eine multireligiöse Delegation von Christen, Moslems und eingeborenen Geistgläubigen sich auf dem Gipfel versammeln werde, durch Gebete usw. den Berg zu versöhnen bzw. von den Nudisten zu entsühnen. Die Behörden ermittelten inzwischen vier weitere Bergnudisten, die sofort aus Malaysia ausgewiesen wurden.

Wenn das nicht hilft, Erdbeben auf Borneo zu unterbinden? Die Sache wird von den Gläubigen doch ernster genommen als sie zugeben. Wir können uns nicht verkneifen, dazu einige Fragen aufzuwerfen. Wenn nun die verhafteten Spontan-Nudisten erklärt hätten, sie seien gläubige Sonnenanbeter, und ihre Glaube verlange, den Aufgang der Sonne auf dem „Heiligen“ Gipfel des Kinabalu unbekleidet zu erleben, weil ihr Gott ihnen das vorschreibe? Ein Glaube ist doch so gut wie der andere, nicht wahr? Man könne verstehen, wenn Moslems Nacktheit verabscheuen, aber wie wenige und wie oft, wenn überhaupt, besuchen den Gipfel in Burkas verhüllt und ärgern Apoll, den Sonnengott? Außerdem, waren die bis heute an Geister glaubenden Eingeborenen nicht nackt herumgelaufen, bevor die Missionare vor ein paar Jahren, höchstens Jahrhunderten, ihnen Kleidung, mindestens Lendenschurze aufzwangen?

Welche Argumente hätten die frommen Behörden und Minister dagegen vorbringen können?

Man WILL sich heutzutage bei uns nicht vorstellen, was für eine Tyrannie über den Menschen, der Freiheit seines Geistes von Glauben, Aberglauben und Religionen ausgeübt wird. Offensichtlich werden alle Meldungen aus dem Nahen Osten und entfernteren Staaten, wo die Priester wie vor Jahrtausenden den Terror im Namen Gottes, Jehovahs, Allahs verbreiten, nicht zur Kenntnis genommen. Sie sind aber eine Tatsache, es sei denn, die Medien haben den Terror der ISIS, Taliban u.a. erlogen. Wer Vernunft besitzt, gibt grundsätzlich nicht sein Geld in solchen Ländern aus, wo man die Frauen einsperrt,

ihnen Führerscheine und Schulbildung und was sonst noch kleinlich verbietet, sich fünfmal täglich zum gemeinsamen Gebet versammelt, um sicher zu gehen, daß keiner aus der (frommen) Reihe tanzt.

Mir fällt schwer zu begreifen, daß Europäer durch die halbe Welt reisen, ihr Geld ausgeben, um irgendwo auf einer fernen, verständnislosen Insel auf einen kaum bekannten Berg zu klettern, dann einmal von einem Augenblick sagenhafter Feierlichkeit überwältigt etwas tun, das von anderen als Blasphemie empfunden und geahndet wird.

Ob man mit der wirklichen persönlichen Freiheit, die uns die Freiwirtschaft verschaffen wird, solche Unternehmungen nötig haben wird, scheint mir zweifelhaft. Ich habe anderswo ausgeführt, die Religion, wie wir sie kennen, ist aus dem Orient zugleich mit dem zinstragenden Geldsystem zu uns gekommen und wird mit ihm fallen.

*

Kommt die finanzielle „Stunde Null“ in Griechenland?

29-06-15:

In Erwartung der Entscheidung über den Schuldenberg Griechenlands, inzwischen schon 1,6 Mrd. Euro, die irgendwie bis zum 30 Juni 2015 an den IMF zurückzuzahlen sind, haben die Griechen durch einen neuen „Bankensturm“ („Run“) unmißverständlich dargetan, daß sie in Regierung und Banken kein Vertrauen haben. Allein an einem Tage, Freitag, 19.Juni erleichterten sie Ihre Konten um 1,2 Mrd. Euro. Damit sind in einer Woche rund 4,2 Mrd. Euro aus Griechenland verschwunden. Die Furcht vor Beschlagnahme der Guthaben- das einzige, auf was die Rothschild-Banken zugreifen könnten- scheint weit verbreitet. Damit kommt aber der Euro-Geldumlauf in Griechenland weiter ins Stocken, die Wirtschaft kann ohne Geldumlauf nicht bestehen, und keine Beruhigungsreden des Volksbetrügers und Ministerpräsidenten Tsipras wird etwas ändern. Wir haben bereits früher dargestellt, daß man mit Armutspolitik keine Schulden begleichen kann. Aber die Idioten, die sich Geldexperten nennen und den Griechen Ratschläge erteilen- keine guten- wissen es eben nicht besser. Unverfroren erzählt „Linkssozialist“ Tsipras den Griechen- und die „Bank von Griechenland“ behauptet dasselbe- „Die Zukunft der (griechischen) Nation im Euro ist gesichert“.

Wer das glaubt, kann nicht noch mehr belogen werden, aber, komme was wolle, der Euro bleibt den Griechen erhalten. Die Griechen, die zu Milliarden ihre Konten leeren, glauben ihm kein Wort, sie handeln im Eigeninteresse. Das Vertrauen in den Euro ist futsch. Unwiderstehlich.

Wir sprechen uns nach dem 30.Juni wieder...

Das Quantitätsgesetz, wissenschaftliche Grundlage unseres Programms – Teil III (Einwurf vom Silber-Engel zu: „Ist die Abschaffung des Bargeldes überhaupt möglich?“ in Rundbrief 69)

Das Quantitätsgesetz zeigt uns, dass eine Abschaffung des Bargeldes tatsächlich unmöglich ist, ich verweise auf Rundbrief 57:

$$\frac{\text{Geldumsatz pro Zeit}}{\text{Waren - und Dienstleistungs - Umsatz in dieser Zeit}} = \text{Preisniveau}$$

Eine Menge pro Zeit kann man auch als „Strom“ bezeichnen:

$$\frac{\text{Geldstrom}}{\text{Waren - und Dienstleistungsstrom}} = \text{Preisniveau}$$

Der Waren- und Dienstleistungsstrom fließt von Verkäufern zu Käufern, der Geldstrom umgekehrt.

Sowohl Geld als auch Ware kann mehrfach den Besitzer wechseln, was beide Ströme entsprechend erhöht.

Schaffte man das Bargeld ab, würde der Geldstrom versiegen. Ohne Geld keine Preise. Wenn das Tauschmittel Geld fehlt, gibt es genau zwei Möglichkeiten für die Marktteilnehmer, den Waren- und Dienstleistungsstrom aufrecht zu erhalten: Es wird nun direkt getauscht (zurück zur Tauschwirtschaft), oder man setzt als Ersatz ein anderes Tauschmittel in Verkehr.

Dies könnte auch Freigeld sein. Sollten die Verfechter der „Abschaffung des Bargeldes“ tatsächlich ein solches Risiko für sich in Kauf nehmen? Macht es für einen Zinsgewinner Sinn, den Geldstrom als Quelle des Zinses auszutrocknen? Hinter der „Abschaffung des Bargeldes“ muss etwas anderes stecken. Sehen wir uns die Sache etwas genauer an, wir stellten in RB57 fest:

„Der ‚bargeldlose‘ Zahlungsverkehr gehört zum Faktor ‚Umschlaghäufigkeit des (Bar-)Geldes‘ der Quantitätsgleichung.“

Es gibt ihn schon heute und er findet keineswegs ohne Bargeld statt, auch wenn es hier für uns unsichtbar bleibt. Denn das zugehörige Bargeld ist in elektronischer Form vorhanden, es ist Zentralbankgeld, das per Definition Bargeld ist. Der Rest des Umsatzes findet per Geldscheine und Münzen statt, die ebenfalls Bargeld sind. Im Jahr 2013 wurden laut <http://de.statista.com/> deutschlandweit von Nichtbanken rund 70 Billionen Euro im „bargeldlosen“ Zahlungsverkehr umge-

setzt. Das waren fast die Hälfte aller Umsätze. Scheine und Münzen wurden demnach für etwas mehr als die Hälfte aller Umsätze benutzt.

Bargeld = Zentralbankgeld + Scheine und Münzen

Machte man nun letzteren Teil dieser Gleichung zu Null, schaffte also die Geldwertzeichen ab, müsste der gesamte Umsatz per Guthabenübertragungen stattfinden. Das zugehörige Bargeld wäre jedoch auch dann als Zentralbankgeld in elektronischer Form vorhanden.

Wenn von "Abschaffung des Bargeldes" die Rede ist, sind Scheine und Münzen, nicht das Bargeld an sich gemeint!

Damit ahnen wir bereits, was hinter der vermeintlichen „Abschaffung des Bargeldes“ tatsächlich steckt. Dass die Herren des Geldes davon Vorteile erwarten, lässt befürchten, dass wir Nachteile erleiden würden. Welche könnten das sein:

1. Durch die Abschaffung von Scheinen und Münzen wäre der jeweiligen Bank das Geldvermögen jedes Bürgers bekannt, was derzeit nicht der Fall ist. Derzeit kennt sie lediglich unsere Geldguthaben, denn:

Geldvermögen = Scheine und Münzen + Geldguthaben

Anonyme Zahlungen wären unmöglich, unsere Freiheit würde weiter beschränkt – gern wird dafür der Vorwand der effektiveren Verbrechensbekämpfung herangezogen. Doch machen wir uns nichts vor, was als Verbrechen gilt, bestimmen immer noch andere.

2. Durch die Abschaffung von Scheinen und Münzen können diese nicht mehr gehortet werden. Kann das Zentralbankgeld als dann einzig verbliebenes Bargeld gehortet werden? Derzeit ist die Haltung von Zentralbankgeld für die Geschäftsbanken mit Kosten verbunden, so dass sie nicht benötigtes Zentralbankgeld schnell an die Zentralbank zurück überweisen. Wäre das nicht so, könnte die Zentralbank die Bargeldmenge zwar erhöhen, aber niemals mehr reduzieren. Gehen wir deshalb davon aus, dass auch das Zentralbankgeld nicht gehortet werden kann. Ist es das Ziel der Damen und Herren, die Haltung von Münzen und Banknoten zu unterbinden, um ihr Zinsgeld durch Stabilisierung des Geldumlaufes zu retten, so lange es geht? Zinsgewinner brauchen keine Münzen und Banknoten, ihnen reicht ihr anwachsendes Guthaben, ihr

Kontostand. Keine guten Aussichten für alle anderen, die diesen Zuwachs nach Kreditaufnahme erarbeiten müssen und deshalb Freigeld kaum erwarten können.

3. Chipkarten, Computer, Zentralbank könnten versagen / untergehen, was uns in den Ruin stürzen würde. Zwar wäre auch heute schon (bei fast 50% „bargeldlosen“ Zahlungen) ein mittleres Chaos die Folge, aber wir hätten zur Not noch die Scheine und Münzen als Ersatz für die unmöglich gewordenen Guthabenübertragungen. Gäbe es Scheine und Münzen nicht mehr, müssten wir schnellstens wieder welche einführen, um zu überleben.

Führen wir spätestens dann Freigeld ein!

Das wäre unsere letzte Chance. Sorgen wir dafür, dass sich die Vergewaltiger des Geldes, falls sie am Leben bleiben sollten, am Ende eingestehen müssen: „Wir waren ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“

Wäre auch mit Freigeld ein „bargeldloser“ Zahlungsverkehr möglich?

In der Freiwirtschaft wird die Zentralbank beseitigt und ein staatliches Währungsamt eingesetzt. Zusätzlich zur Aufgabe der Geldmengensteuerung wird das Währungsamt eine Umlaufsicherungsgebühr **auf alles Bargeld** in einer Weise erheben, die das gegenwärtige Zinsniveau nach unten drückt und als Folge den Wachstumszwang der Wirtschaft beendet. Nebenbei bemerkt ist nur auf diese Weise eine effektive Geldmengensteuerung möglich, die zu einer kaufkraftstabilen Währung führt.

Heute besteht das Bargeld aus: **Bargeld = Zentralbankgeld + Scheine und Münzen.**

In der Freiwirtschaft wird es Geschäftsbanken geben wie heute, auch wenn diese dann nicht mehr den Zins für ihre Sparer heranschaffen brauchen. Sie werden jedoch weiterhin von der Vermittlung von Kunden, die Geld leihen wollen an jene, die gerade Geld übrig haben, leben. Mit Freigeld versucht jeder, Geld möglichst langfristig anzulegen, doch auch kurzfristige Einlagen wird es weiterhin geben, schon weil eine Überweisung oft bequemer ist als eine Freigeld-Übergabe zwischen möglicherweise weit voneinander entfernt lebenden Menschen in Scheinen und Münzen oder andere Bezahlarten. Ein „bargeldloser“ Zahlungsverkehr wird auch mit Freigeld stattfinden. Die Bankkonten lauten dann auf Freigeld, man hat ein Freigeld-

Guthaben auf der Bank. Ein „Clearing“ der Geschäftsbanken untereinander wird weiterhin erfolgen – jedoch nicht mehr in Zentralbankgeld, sondern – in Freigeld. Für dieses Freigeld in elektronischer Form wird ein neuer Begriff erfunden werden, vielleicht „Währungsamt-Geld“.

Dann bestünde das Bargeld aus: **Bargeld = „Währungsamt-Geld“ + Scheine und Münzen**

Das Währungsamt muss eine Umlaufsicherungsgebühr **auf alles Bargeld** erheben, damit Freigeld funktionieren kann. Das bedeutet hier, dass nicht nur Scheine und ggf. Münzen, sondern auch das neue „Währungsamt-Geld“ eine Umlaufsicherungsgebühr erhalten muss. Dafür zu sorgen wird dem Währungsamt nicht schwer fallen, und dafür, dass es das tut, werden wir sorgen, sorgen müssen. Diese Umlaufsicherungsgebühr wird sich auf alle Freigeld-Guthaben abhängig von deren Fristigkeit übertragen, dafür werden wiederum die Geschäftsbanken aus eigenem Interesse sorgen.

Eine Zentralbank dagegen wird niemals eine Umlaufsicherungsgebühr auf Zentralbankgeld erheben, auch wenn sie heute die sogenannten „Leitzinsen“ aus Gründen des Zinsgeldsystems erhalts gern manchmal kurzzeitig unter Null setzen würde, was für das System andererseits gefährlich ist, weil sich das als Gebühr auf die Geldguthaben der Girokonten übertragen würde, was einen „Bankrun“ provozieren könnte. Jeder würde diese Gebühr durch Flucht in Scheine und Münzen zu vermeiden suchen, die ja derzeit keine Umlaufsicherung haben. Auch das könnte ein Grund dafür sein, dass Scheine und Münzen rigoros abgeschafft werden sollen.

Doch was passiert, wenn sie tatsächlich abgeschafft würden? Die Leute würden dann „in den Boden flüchten“, der als dann letzte Möglichkeit noch Zins einbrächte und letztendlich unverkäuflich würde. Letztere Gefahr besteht genauso bei Einführung von Freigeld ohne eine begleitende Bodenreform, die den Bodenzins neutralisiert.

Wäre ein Freigeld ganz ohne Scheine und Münzen möglich?

Analog zu oben beschriebenem Fall unseres derzeitigen Geldes gilt auch hier:

Machte man letzteren Teil der obigen Gleichung zu Null, müsste der gesamte Umsatz per Freigeld-Guthabenübertragungen stattfinden. Das zugehörige Freigeld wäre jedoch auch dann als „Währungsamt-Geld“ in elektronischer Form vorhanden.

Sehen wir uns die Nachteile an, zunächst, ob jene drei oben genannten auch hier zutreffen:

1. „Durch die Abschaffung von Scheinen und Münzen wäre der jeweiligen Bank das Freigeldvermögen jedes Bürgers bekannt... Anonyme Zahlungen wären unmöglich.“ Inwieweit dies in einem heute kaum vorstellbaren Wirtschaftssystem als Gefahr oder Freiheitsbeschränkung wahrgenommen würde, möge jeder selbst beurteilen.

2. entfällt – Freigeld wird nicht gehortet werden, genau das ist seine Bestimmung.

3. „Chipkarten, Computer, Währungsamt könnten versagen...“ – diese Gefahr bliebe uns erhalten.

Gäbe es weitere Nachteile?

4. Gäbe es keine Freigeld-Scheine und Münzen, würde die Umlaufsicherungsgebühr lediglich durch Studieren von Kontoständen sichtbar, nicht mehr beim Bezahlen. Wirkungsweise, Sinn und Segen der Umlaufsicherungsgebühr wären nicht mehr so offenkundig wie durch Benutzung von Freigeld-Scheinen und Münzen mit Umlaufsicherung. Wer die genannten Vorteile nicht erkennen kann, wird das Freigeld nicht verteidigen können.

Halten wir fest: Ein Freigeld ganz ohne Scheine und Münzen wäre technisch möglich, doch für „Anfänger“ wie uns ist es nicht geeignet. Denken wir an unsere Kinder, vor allem sie brauchen etwas zum Anfassen, um die Umlaufsicherungsgebühr zu begreifen. Jedes Kind sollte möglichst früh einen Abscheu gegen das „böse Geld unserer unaufgeklärten Vorfahren“ entwickeln können. Erst dann wird es kein Zurück mehr geben und man wird sich nur noch mit Schaudern an eine unheilvolle Vergangenheit erinnern.

HUMOR

Vier Angler sitzen am Donnerstagabend zusammen in der Kneipe und besprechen, wo sie sich am Wochenende zum Angeln verabreden können.

Einer der Kumpel drückst den ganzen Abend rum und weiß nicht, wie er es den Kumpeln beibringen soll, dass er voraussichtlich keinen Ausgang bekommt von seiner Frau.

Als er endlich rauskommt mit der Sache wird er natürlich den Rest des Abends damit

aufgezogen. Völlig frustriert schiebt er ab und wünscht den Kumpeln noch ein schönes Angelwochenende.

Die 3 Kumpel machen sich am Samstag in der Früh um 5.00 Uhr auf, um einen guten Platz zu besetzen. Als sie sich durch das Unterholz bis zum See vorgearbeitet haben, sehen sie ihren 4. Kollegen.. Der sitzt dort im Klappstuhl, die Angeln ausgeworfen, ein kleines Lagerfeuer im Rücken und eine Dose Bier in der Hand.

„Wo kommst du denn jetzt her? Du hattest doch keinen Ausgang?“ Der Kollege darauf: „Tja, und ich bin sogar schon seit Freitag hier!“ „Und, wie kommt das so plötzlich?“

Der Kollege: „Ach so, ja, als ich am Donnerstag von Euch nach Hause kam und mich gerade noch für ein Bier vor die Glotze setzen wollte, stand meine Frau hinter mir und hielt mir die Augen zu. Als ich ihre Hände von meinen Augen entfernt und mich rumgedreht hatte, stand sie dort in einem durchsichtigen Nachthemd und sagte:

ÜBERRASCHUNG !!!! Bring mich ins Bett, fessel mich und dann mach was du willst!“

„Und, was soll ich noch sagen, Jungs : HIER BIN ICH !“

